



Im Gedenken an Andreas Hofer werden Nord- und Südtiroler (Politiker) von den Landesregierungen nördlich und südlich des Brenners geehrt.

Foto: Böhm

Orden für Ex-Politiker lösen Reformdebatte aus

Vor der Ehrenzeichen-Verleihung am 20. Februar diskutiert die schwarz-grüne Koalition, ob ehemalige Landesräte automatisch geehrt werden sollen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Wie soll künftig mit Orden des Landes umgegangen werden? Vor dem traditionellen Ehrungstag am 20. Februar gibt es in der schwarz-grünen Landesregierung einigen Abklärungsbedarf. Schließlich steht die Frage an, ob die Praxis fortgesetzt wird, dass ehemalige Regierungsmitglieder, die aus der Landespolitik ausgeschieden sind, automatisch das Ehrenzeichen erhalten. Anna Hosp (VP) hat es 2009 abgelehnt, der freiheitliche Ex-Landesrat Hannes Lugger wurde bisher nicht vorgeschlagen. Ansonsten haben es die ehemaligen Landesräte stets erhalten, der Landeshauptmann und der Landtagspräsident bekommen es kraft ihres Amtes. Ordens-träger wie Fritz Dinkhauser oder Ex-LR Hans Lindenber-

ger kehrten sogar auf die politische Bühne zurück.

Deshalb sind die Grünen skeptisch, dass ein politisches Amt bzw. eine Regierungsfunktion alleine für einen Ordensverdienst ausreicht. In einer ihrer nächsten Sitzungen will die Landesregierung jedenfalls die Ehrungsliste beschließen. Inoffiziell dürfte jedoch bereits eine Entscheidung gefallen sein: Die einstigen VP-Landesräte Christian Switak und Hannes Bodner – er war von 2006 bis 2008 in der Regierung und danach Landtagsvizepräsident – sollen noch nicht vorgeschlagen werden, weil sie noch zu jung sind bzw. Bodner noch aktiver Gemeinderat in Kufstein ist. Apropos Gemeinderat: ÖVP-Seniorenbundobmann Helmut Kritzingler firmiert trotz aktiver Gemeinderatskarriere als Träger des Ehrenzeichens.



Das Ehrenzeichen ist eine der höchsten Auszeichnungen. Foto: Parigger

Gerhard Reheis und Thomas Pupp sind ebenfalls kein Thema, weil sie nach ihrer Regierungstätigkeit derzeit im SPÖ-Landtagsklub sitzen. Zur Ehrung würden demnach Hannes Gschwenter (SP) und Toni Steixner (VP) anstehen. Grünen-Klubchef Gebi Mair hält insgesamt eine Reform für wünschenswert und schlägt ein Abgehen vom Automatismus vor. Altersregelungen kann sich etwa ÖVP-Klubchef

Jakob Wolf mit einer Verleihung ab dem 60. Lebensjahr vorstellen. Dass man Ex-Politiker mit Orden ehrt, damit hat Wolf generell aber kein Problem.

Der Innsbrucker Politikwissenschaftler Ferdinand Karhofer hält die Praxis des Landes für einen Anachronismus: „Wenn taxfrei jedes ausgezeichnete Regierungsmitglied das Ehrenzeichen erhält, dann geht das wohl am Sinn der Auszeichnung vorbei.“

Ein Blick auf die Verleihungen in der jüngsten Vergangenheit beweist das politische Selbstverständnis: Die ehemaligen Regierungspolitiker Ferdinand Eberle (geehrt 2006), Christa Gangl (2006), Konrad Streiter (2006), Sebastian Mitterer (2007), Elisabeth Zanon (2009), Hans Lindenberger (2009) und Erwin Koler (2010) bekamen prompt nach ihrem Ausscheiden einen Orden.

Jeder gegen jeden, das dauert

Seit Jahren wartet Tirol auf eine Lösung der Sprengelarztregelung. Die Ärzte wollen mehr Honorar, die Gemeinden nicht zahlen.

Von Anita Heubacher

Innsbruck – In rund einem Drittel der 76 Gesundheits-sprengel fehlt der Sprengelarzt. Der Job sei vielen zu unlukrativ, erklärt der Direktor der Ärztekammer, Günter Atzl. Für den Bereitschaftsdienst wollten die Ärzte laut Gemeindeverband 240 Euro pro Nacht, die Totenbeschau schlage sich extra zu Buche. „Das war und ist uns zu teuer“, sagt Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf. Der Befund bleibt auch jetzt derselbe. Er sieht vor allem Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP) gefordert. Dieser möge endlich eine Gesetzesänderung veranlassen. „Wenn man überhaupt eine Totenbeschau vorschreiben muss, dann soll sie jeder Arzt und nicht nur der Sprengelarzt machen können.“ Die Hälfte der rund 5000 Toten pro Jahr in Tirol würden in den Spitälern sterben. „Da kommt auch kein Sprengelarzt.“

Aufgeflammt ist die Diskussion, weil die SPÖ die Gemeinden in einer Kostenfalle sieht. Die Kommunen müssen für den Sprengeldienst sorgen. Wo der Sprengelarzt fehle, sei man auf praktische Ärzte angewiesen, die die Honorare in die Höhe treiben würden, befindet SP-Gemeindeglied Georg Dornauer. So hätten sich die Kosten für die Stadt Landeck von 2005 bis heute auf rund 105.000 Euro vervierfacht. Es brauche eine Neuregelung der Sprengelärzte, forderte auch die SPÖ.

Tatsächlich gibt es äußerst unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Gemeinden. „Zahlen müssen die Gemeinden ohnehin, ob mit oder ohne Sprengelarzt“, lautet Schöpf's Diagnose. Er schlägt vor, Notärzte für die Totenbeschau zu entlohnen. Bei

der Ärztekammer kann man sich verschiedene Modelle vorstellen. „Dass es, so wie es jetzt läuft, nicht funktionieren kann, war schon von Beginn an klar“, ärgert sich Günter Atzl. Ärzte seien aufgrund der letzten Regelung nicht mehr zum Bereitschaftsdienst verpflichtet und würden ihn sich



„Das Gesetz gehört geändert. Die Totenbeschau soll abgeschafft oder von jedem Arzt gemacht werden können.“

Ernst Schöpf
(Gemeindeverband)

Foto: Böhm

deshalb auch abgelten lassen. Früher waren die Gemeinden der Dienstgeber der Sprengelärzte, jetzt hat man auf Werkverträge umgestellt. „Teurer ist es für die Gemeinden geworden, weil das Land nicht mehr mitzahlt“, erklärt Atzl. Auch er ist verärgert, dass noch immer keine Lösung auf dem Tisch liegt. Die Ärztekammer habe ein abgestuftes Honorarmodell an den Gemeindeverband übermittelt. Dieser habe aber abgelehnt. Jetzt würden sich findige Gemeinden wie im Wipptal oder in Schwaz selbst behelfen und den Sprengeldienst organisieren. Für Atzl ist klar, dass der Mangel an Sprengelärzten mit jenen an Landärzten zusammenspielen. „Es braucht daher eine breitere Lösung, und die aber bald.“ Fehlt in einem Sprengel ein Arzt, müssten andere einspringen, warnt er.

Konkurrenz erteilt Knaus „Hausverbot“

Innsbruck – Heute wird einmal mehr im Land über den Heli-Streit im Zillertal verhandelt, dabei steht der von der Behörde gesperrte Landeplatz des Sozialsprengels Mayrhofen für Rettungs- und Katastrophenflüge im Mittelpunkt. Er muss entsprechend der behördlichen Vorgaben angepasst und Mängel be-

seitigt werden. Nicht nur die Behörde, sondern auch Mayrhofen hat Interesse daran, ihn wieder zu eröffnen. Wie es dann mit dem Rettungshubschrauber von Roy Knaus weitergeht, soll ebenfalls heute diskutiert werden.

Die Leitstelle disponiert die in der Luft kreisenden bzw. „wartenden“ Helis nicht mehr

für Einsätze. Knaus hat ebenfalls für einen Landeplatz im Zillertal angesucht.

Indessen eskaliert die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Flugrettungsunternehmen ÖAMTC, Heli Ambulance (Wucher und ÖAMTC) und Schider Helicopter auf der einen sowie Knaus auf der anderen Seite. Mit sofort-

tiger Wirkung wurde sämtlichen Mitarbeitern der Knaus Unternehmen ein unbefristetes Hausverbot auf allen von ÖAMTC, Schider und Heli Ambulance gehaltenen Zivillflugplätzen mit Ausnahme des Flugplatzes des ÖAMTC in Zams sowie den dazugehörigen Grundstücks- und Gebäudeflächen erteilt. (pn)

Van Staa würde Bundesrat entrümpeln, Grüne offen

Tirols Landtagspräsident van Staa würde am liebsten drei Landtagsabgeordnete ohne Zusatzgehalt in den Bundesrat schicken.

Wien, Innsbruck – Wieder einmal wird in Österreich die Abschaffung des Bundesrates diskutiert. Die zweite Kammer des Parlaments hat seit Jahren keinen leichten Stand. Die derzeit 62 Bundesräte sind die Vertretung der Länder auf Bundesebene. Kritiker sagen, der Bundesrat diene den Parteien dazu, zusätzliche Mandate zu lukrieren und Versorgungsposten zu schaffen.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) hat letzte Woche die neueste Debatte zur Abschaffung des Bundesrates vom Zaun gebrochen. Wie berichtet,

spricht sich Prammer dafür aus, die Aufgaben des Bundesrates direkt an die Landtage zu übertragen. Auf Bundesebene zeigte sich die ÖVP verhandlungsbereit, die FPÖ skeptisch und die Grünen gesprächsbereit.

Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa (VP) würde den Bundesrat entrümpeln, ihn mit mehr Kompetenz ausstatten oder ihn abschaffen. Eine Meinung, die er seit Jahren vertritt, erklärt van Staa gegenüber der TT. „Es ist gut, wenn wieder eine Debatte geführt wird, wir brauchen aber ein Ergebnis.“ Prammers Vor-



Der Bundesrat ist neben dem Nationalrat eine Säule des Zweikammern-Systems. Das Aus für den Bundesrat wird wieder einmal diskutiert. Böhm

schlag kann van Staa nichts abgewinnen. „Die Kompetenz den Landtagen zu übertragen, ist undurchführbar. Das zu koordinieren, ist nicht

möglich.“ Van Staa würde vielmehr pro Bundesland drei Landtagsabgeordnete, zwei von den Regierungs- und einer von der Oppositionspar-

tei, ohne zusätzliches Gehalt nach Wien in den Bundesrat schicken. Der Bundesrat hätte nach van Staas Plänen dann nicht mehr 62 wie jetzt, sondern nur noch 27 Mitglieder. Dass die Landeshauptleute den Job der Bundesräte übernehmen, hält van Staa für kritisch.

Der Wiener Landtagspräsident Harry Kopietz (SPÖ) verweist auf die jüngste Erklärung der Landtagspräsidenten vom Oktober 2013. Die Präsidenten der Landtage plädierten einhellig für eine Weiterentwicklung der Länderkammer. „Der Bun-

desrat ist fester und unverzichtbarer Bestandteil einer vertikalen Gewaltenteilung im Bundesstaat“, heißt es in dem Papier.

Für Tirols grüne LHStv. Ingrid Felipe hat der Bundesrat eine wichtige Kontrollfunktion. „Er kann etwa schon mit einem Drittel der Stimmen eine Volksabstimmung erzwingen, wenn der Nationalrat die Verfassung ändern will.“ Es brauche eine ergebnisoffene, konstruktive Diskussion über die Aufgaben und allfällige Neuverteilung von Verantwortungen im Föderalismus, sagt sie. (aheu, APA)